

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel:+41 (0)61 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Ist der Staat wirklich zu teuer?

Laurent Goetschel, Professor Politikwissenschaft, Europainstitut der Universität Basel

Es ist zur Mode geworden, den Staat zu kritisieren: Europäische Staaten sind schwerfällig, ineffizient und zu teuer. Ihr Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung der jeweiligen Volkswirtschaften (Staatsquote) ist zu gross. Abhilfe versprechen das Zurückstutzen staatlicher Leistungen und deren Privatisierung. Je mehr das freie Spiel des Marktes zum Zuge kommt, umso besser wird es der Bevölkerung gehen. Anderen Staaten, etwa in Afrika, werden dagegen fehlendes Leistungsvermögen und Schwäche angekreidet: Sie seien fragil oder gar gescheitert (failed states). Diese Kritik, gründend auf dem Modell europäischer Staaten, bemängelt das Ausbleiben essentieller Leistungen für die Bevölkerung, etwa im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, aber auch die Rechtssicherheit oder die öffentliche Sicherheit betreffend. Die Stärkung nicht-staatlicher Akteure, wie NGOs und Firmen, und eine an den Vorgaben der Bretton-Woods-Institutionen orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik werden als Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation angesehen.

Spar- und Privatisierungspolitiken im Norden verfolgen ähnliche Ziele wie internationale Entwicklungsprogramme im Süden: Während in Europa staatliche Leistungen in den Privatbereich ausgelagert werden, wird der Aufbau solcher Leistungen in Entwicklungsländern gar nicht erst dem Staat übertragen, sondern von Anbeginn weg nicht-staatlichen Akteuren anvertraut.

Selbst im Bereich des staatlichen Gewaltmonopols spielen private Akteure eine zunehmend gewichtige Rolle. Läuten diese Trends in Nord und Süd das Ende des Staates ein? Staaten bilden ein äusserst erfolgreiches Modell politisch-gesellschaftlicher Organisation. Die ganze Welt, abgesehen vom Nord- und Südpol, ist von Staaten abgedeckt. Um auf der politischen Weltbühne mitspielen zu können, müssen sich Gesellschaften in Form von Staaten organisieren. Auch in Zukunft werden Staaten faute de mieux als Referenzgrösse politisch-gesellschaftlicher Organisation dienen. Sollte den Wünschen nach politischer Unabhängigkeit zahlreicher Bevölkerungsgruppen etwa in Palästina, im Kosovo oder im Südsudan, Erfolg beschieden sein, ist in den nächsten Jahren sogar mit etlichen zusätzlichen Staaten zu rechnen. Offen bleibt jedoch die innere Organisation und Aufgabenerfüllung von Staaten: Welche Akteure sollen welche Rolle und Leistungen zuhanden der Gesellschaften erbringen? Wofür sollen Staat und öffentliche Hand, wofür Markt und Private zuständig sein?

Dies ist der Ansatzpunkt der eingangs angesprochenen Kritik am Staat, und hier setzen die Sparprogramme im Norden und die Entwicklungsprogramme im Süden an. Spitzt man die damit verbundenen Perspektiven zu, wird sich künftig der Staat darauf beschränken, nach aussen Beziehungen zu verwalten und im Innern als Moderator Markt-Regeln zu setzen. Sowohl von der Ressourcen-Allokation

als auch von der Leistungserbringung würde er sich fernhalten. All dies würde durch den Markt gewährleistet. Legitimieren würde sich ein solcher Staat durch die Qualität der Regelsetzung und die Interessenvertretung im internationalen Umfeld. Ausgeklammert blieben Fragen von Verteilungsgerechtigkeit und demokratischer Kontrolle. Bürger oder Bürgerin eines solchen Staates zu sein, würde nur mehr bedeuten, Marktzugang zu haben und gegenüber Drittstaaten geschützt zu werden.

Ist es das, was den Kritikern des heutigen Staates vorschwebt? Womöglich. Mit Sicherheit ist es jedoch nicht das, womit sich der Staat weltweit als politisches Organisationsmodell von Gesellschaften durchgesetzt hat. Wenn in Kosovo oder in Palästina Tausende ihr Leben lassen für die Vision eines eigenen Staates, dann verbinden sie damit wohl kaum zuerst einen eigenen Markt, sondern Institutionen, in denen sie sich politisch und kulturell wieder erkennen, und von denen sie sich vertreten fühlen. Das Monopol legitimer Gewalt wird seit Jahrhunderten als Kern jeglicher Staatlichkeit verstanden. Je nach Kontext kommen weitere Leistungen hinzu, welche die Gesellschaft von ihrem Staat erwartet. Die Diskussionen um den europäischen Sozialstaat liefern ein gutes Beispiel für die Relevanz dieser Thematik in einer Zeit, in der durch die regional und global bedingte Öffnung der Märkte die soziale Tragfähigkeit der Gesellschaften besonders gefordert wird. Wenn heute da-

Ist der Staat zu teuer?

rüber diskutiert wird, was ein Staat kosten darf, was er selber tun und was er dem Markt überlassen soll, dürfen somit nicht nur ökonomische Effizienzkriterien zum Zuge kommen. Eben so sehr sind politische, soziale

und kulturelle Funktionen, die ein Staat für die betreffende Gesellschaft wahrnimmt, zu berücksichtigen. Diese sind eine Voraussetzung dafür, dass ein Staat, und die mit ihm einhergehenden Rechte und Pflicht-

ten, von der Bevölkerung als legitim angesehen werden. Dies gilt es sowohl beim Sparen im Norden als auch und erst recht beim Entwickeln im Süden zu beherzigen.

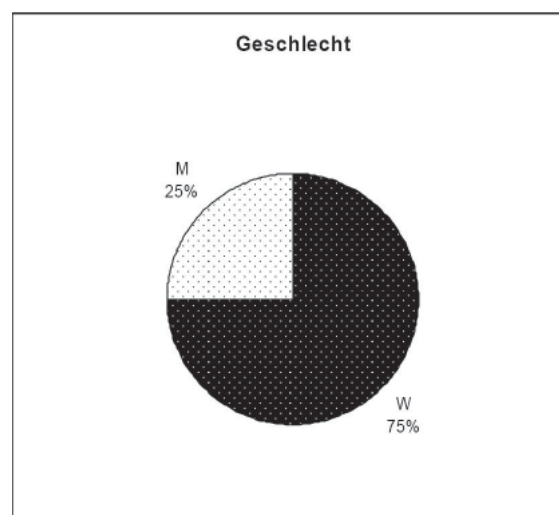
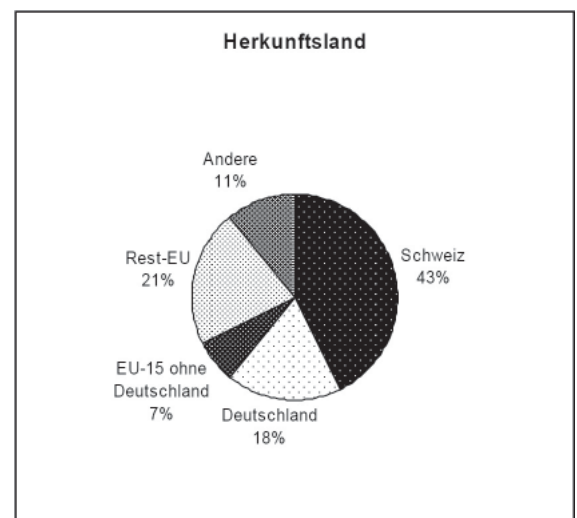
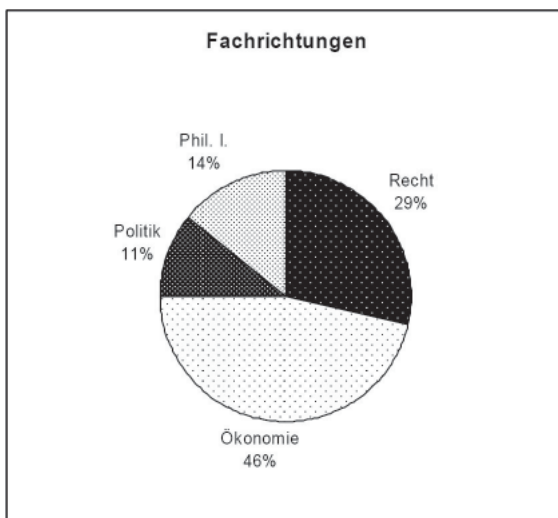
Der Studienjahrgang XIV: Zahlen und Fakten



Der Studienjahrgang XIV: Fachrichtungen, Herkunftsland und Geschlecht

Oliver Zihlmann, Assistent Institutsleitung, Europainstitut der Universität Basel

Am 23. Oktober 2006 startete der 14. Jahrgang des Nachdiplomstudiums „Master of Advanced European Studies“. Auch dieses Jahr fand sich eine interessante und international besetzte Gruppe von Studierenden zusammen, mit Herkunftsländern von Brasilien über das Baltikum bis Japan. Sie kommen aus vielfältigen Fachrichtungen und bereichern mit ihrem jeweils einzigartigen Hintergrund die Studentenschaft im Europainstitut.



Ausgebaute Studienangebote am Europainstitut ab 2007/2008

Oliver Zihlmann, Assistent Institutsleitung, Europainstitut der Universität Basel

Restrukturiertes Nachdiplomstudium des Europainstituts 2007/2008

Das Europainstitut der Universität Basel wird ab Herbst 2007 seinen interdisziplinären Nachdiplomstudiengang in einer restrukturierten Fassung anbieten. Der Studiengang führt neu zum Abschluss mit dem Titel „Master of Advanced Studies (MAS) in European Integration“. Er wird das erfolgreiche Studienangebot des bisherigen „Master of Advanced European Studies“ (MAES) zu einem wesentlichen Teil aufnehmen und in wichtigen Punkten ausbauen.

Innerhalb des Nachdiplomstudiengangs wird es neu zwei Vertiefungsmöglichkeiten in Form von Major-Abschlüssen geben: Den bisher bereits im Angebot stehenden Major in „Conflict and Development“ mit Schwerpunkt in Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsfragen und neu den Major in „International Business“. Dieses Vertiefungsstudium befasst sich schwerpunktmässig mit den internationalen (europäischen) Rahmenbedingungen für die Organisation von Firmen in integrierten Märkten und mit der Beeinflussung integrierter Märkte auf die unternehmerische Strategie. So richtet sich dieses Vertiefungsgebiet speziell an Personen, welche sich in

international tätigen Unternehmen mit strategischen Fragen im Zusammenhang mit der Europäischen Integration auseinandersetzen oder sich in Verbänden, Regierungen oder internationalen Organisationen mit Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Europäischen Integration befassen.

Der restrukturierte Studiengang „European Integration“ wird im Vergleich zu seiner Vorgängerversion stärker modularisiert sein. Nach den einführenden Pflichtmodulen in den drei Grundfächern Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften können sich die Studierenden nach individuellen Interessen ein Programm aus einem breiten Angebot von interdisziplinären Wahlmodulen zusammenstellen. Jedes Wahlmodul steht dabei unter einem eigenen thematischen Schwerpunkt. Geplant sind unter anderem Module zu Themen des Wettbewerbsrechts, der Friedens- und Sicherheitspolitik oder der Auswirkung der Internationalisierung auf Unternehmen. In den einzelnen Wahlmodulen werden Dozierende verschiedener Fachrichtungen die Schwerpunktthemen betrachten und interdisziplinäre Impulse

in das Studium einbringen. Durch seine durchgängige Modularisierung wird der Studiengang auch attraktiver für berufstätige Studierende. Die Module werden in verdichteten Unterrichtsblocken zu zwei bis drei Tagen angeboten, die in der Regel in der zweiten Wochenhälfte, einschliesslich Samstags, stattfinden. Wie bisher kann der Studiengang sowohl als Einjahres- wie auch als Zweijahreskurs absolviert werden.

Zum Angebot gehören weiterhin Exkursionen nach dem nahen Strassburg, nach Brüssel und Luxemburg sowie die Vermittlung von Kontakten mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Europäischen Organisationen. Die Zahl der Studienplätze bleibt auf 40 beschränkt, was die bewährte individuelle Betreuung der Studierenden sichert. Die Lehrveranstaltungen werden wie bisher teils in deutscher, teils in englischer Sprache abgehalten.

Das restrukturierte Nachdiplomstudium 2007/2008 beginnt am **17. September 2007**. Die Studiengebühren wurden leicht angepasst und betragen nun Fr. 12'000.-

Planung für einen Master of Arts (MA) in European Studies

Das Europainstitut der Universität Basel plant ausserdem zusammen mit der Juristischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität einen neuen, interdisziplinären „Masterstudiengang (MA) in European Studies“. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die teilnehmenden Fakultäten und des Rektorates soll der erste Studiengang ebenfalls im Herbstsemester 2007 beginnen.

Der neue Master-Studiengang „European Studies“ bietet eine dreisemestrigere, interdisziplinäre Universitätsausbildung zu Fragen der europäischen

Entwicklung, die unter anderem den europäischen Integrationsprozess beinhaltet. Das breit angelegte Studium kombiniert die drei Disziplinen Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften und findet in den beiden Sprachen Deutsch und Englisch statt. Mit der Erweiterung um zwei Disziplinen gegenüber der Herkunftsdisziplin der einzelnen Studierenden wird eine zusätzliche Qualifikation für Berufstätigkeiten erreicht, in welchen Erfahrung im interdisziplinären Denken gefragt oder von Vorteil ist. Das Angebot der Lehrveranstaltungen setzt sich zusammen aus Pflichtgrundkursen,

Pflichtwahl- und Wahlkursen sowie gezielten, interdisziplinären Angeboten. Das Curriculum baut mehrheitlich auf dem regulären Angebot der beteiligten Fakultäten auf, das einen internationalen und europäischen Bezug hat. So werden Synergien genutzt, die von den Studierenden in Seminaren und in der Masterarbeit zusammengetragen werden.

„European Studies“ ist ein Bologna-Master mit 90 Kreditpunkten gemäss ECTS. Die Regelstudiendauer beträgt drei Semester bei Vollzeitstudium.



von Philipp Jordi

10 Jahre nach meinem Uni-Abschluss durfte ich in diesem Herbst zurück an die Alma Mater von Basel kehren, ans Europainstitut im Gellert, wo wir, rund 30 Studenten/-innen aus der ganzen Welt, während einem bzw. zwei Jahren die Geheimnisse von Europa erkunden werden. Zu allererst musste ich mich jedoch erst wieder ans moderne Studentenleben gewöhnen: Schon am ersten Tag gab's eine Legi in Kreditkartenformat, mit der ich nun in Superpunktemanier Credit Points sammeln muss. Der Prämienkatalog heisst Vademecum und es gibt 2 Prä-

mien zur Auswahl: einen Major für 15 Credit Points und den Advanced Master für 60 Punkte. Zum Glück gibt's eine ausführliche „Einkaufs“liste mit den angebotenen Veranstaltungen und den Credit Points, die man für deren Besuch erhält. Was ich noch nicht herausgefunden habe, sind diejenigen Veranstaltungen, bei denen es doppelte oder dreifache Punkte gibt... oder gibt es solche Angebote wirklich nur im Coop?

Des Weiteren hat nun auch das Englische voll an der Uni Einzug gehalten: es gibt open und closed book Prüfungen, oder solche mit einer pass/fail Bewertung, und Bologna sei dank, schliesst man nicht mehr mit einem Lizentiat das Studium ab, sondern einem Master, einem Bachelor oder so wie wir, mit einem Advanced Master. Technologisch sind

wir voll vernetzt, die Folien sind als Power Point auf dem Server abgelegt, und wenn ein Professor wieder einmal eine Hellraumfolie auflegt, so fühle ich mich schon fast als Nostalgiker. Für die Prüfungsergebnisse braucht man nicht mehr ans Institut zu springen, diese gibt's direkt per e-mail. Doch es gibt auch Dinge, die gleich geblieben sind, z.B. die Mensa mit ihren Menu-Preisen von gut 7 Franken, den grossen Portionen (inkl. Suppe oder Jus) und dem Gedränge an der Kasse („händ Sie e Legi debii?“). Und es gibt auch noch den Rotstift, der den Stundenplan am Anschlagbrett regelmässig zu einem neuen Puzzle-Wirrwarr verwandelt.

Vieles ändert sich mit der Zeit, einiges bleibt gleich, zusammen ist es einzigartig, also sui generis, wie ich in der Zwischenzeit gelernt habe.

Veranstaltungen und Tagungen

Freitag, **23. Februar 2007**, 13.30 - 17.15 Uhr
Fachtagung an der Universität Basel

EU-Beitritt: Vom Strategischen Ziel zur möglichen Option?

Impulse für die künftige Europapolitik der Schweiz

Positionen - Forschungsergebnisse - Diskussionen

Urs Bucher, Botschafter, Leiter des Integrationsbüros EDA/EVD, Bern

Hans-Jürg Fehr, lic.phil.hist., Nationalrat und Präsident der SPS

Georg Kreis, Prof. Dr., Institutsleiter Europainstitut und Geschichtspräsident Historisches Institut, Universität Basel

Gregor Kündig, lic.rer.publ. HSG, Mitglied der Geschäftsleitung economieuisse, Bern

Beat Spirig, lic.rer.pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Europainstitut, Universität Basel

Rolf Weder, Prof. Dr., Wirtschaftspräsident Europainstitut und WWZ, Universität Basel

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<http://www.wwz.unibas.ch/aei/europapolitik/Anmeldung-Europapolitik.htm>

Anfangs März 2007 (DATUM FOLGT, unter www.europa.unibas.ch), ganztägig
Europainstitut der Universität Basel

Medien-Seminar

für Medienschaffende, für Medienbeauftragte und weitere Interessierte
mit Beiträgen von

Professor Kurt Imhof, Mediensoziologe: Europäische Medienöffentlichkeit

Thomas Oberer / Christoph Nufer, Korrespondenten DRS: Die praktische Medienarbeit in Brüssel

Adrian Sollberg, Pressechef Integrationsbüro der Bundesverwaltung: Schweizerische Europapolitik „verkaufen“

Philippe Pfister (angefragt), Sonntagszeitung: Vom Umgang mit und Bedarf nach Europeanachrichten

Roger de Weck, freier Publizist: Gibt es für Medienschaffende ein unerlässliches Grundwissen zu Europa?

Professor Georg Kreis, Europainstitut: Leitung